



Die Sozialistische Jugend stellte sich am Mittwoch in der Treichl-Debatte hinter ihren Parteichef und daher vor die Erste-Zentrale am Graben, um mit einer „ausgelassenen Sektparty gegen die „Unverschämtheit der Banken“ zu protestieren.

Foto: SJ

Treichl vs. Politik: Ein klassisches Unentschieden?

Die Politiker-Beschimpfung des Erste-Bank-Chefs erhitzt naturgemäß auch das Wählervolk. Dabei fördert ein Blick in unsere Post-Mappe mehr Sympathien für den „Basher“ zutage, als das den Gebashten lieb sein dürfte.

Leider sagen die richtigen Leute oft das Falsche, und die falschen Leute das zumindest teilweise Richtige – wie im Falle des Bankers Treichl. Das Reaktionsmuster ist typisch österreichisch. Nicht die Frage „hat er möglicherweise recht – zumindest in Bezug auf mich“ ist zu hören, sondern die reflexhafte Empörung ob der von Treichl eingesetzten literarischen Stilmittel der Übertreibung und der Verallgemeinerung.

Diese Fragestellung würde Sensibilität für Korrektive und Einsichtsbereitschaft verlangen. Aber diese Eigenschaften liegen wohl nicht im politischen Mainstream. Wäre Treichl gehört worden, wenn er sich „kultivierter“ geäußert hätte? Sicher nicht!

Prof. Ernst Smole
1080 Wien

Während die eine Seite von feigen und blöden Politikern spricht, revanchiert sich die andere Seite mit dem Hinweis auf Gier und Arroganz von Bankmanagern.

Kann es sein, dass auf der „Insel der Seligen“ beides zutrifft? – Heißt es doch: Selig, die arm im Geiste sind ...
Dietmar Köhler
1230 Wien

Nur Geld verpulvert

Erste-Bank-Chef Treichl reicht's, und er spricht es auch aus. Bravo! Wenn sich unsere Politiker gegenseitig stolz auf die Schulter klopfen, weil sie die Wirtschaftskrise ach so toll bewältigt haben, muss man sich schon fragen: Was haben sie denn schon getan, außer mit Bürgergeld Löcher gestopft? Haben sie kostenseitig Entscheidendes verändert? Nein. Haben sie endlich die Verwaltungsreform in Angriff genommen? Nein. Allein diese jahrzehntelange Untätigkeit kostet uns Bürger Jahr für Jahr Milliarden. Und dann regen sie sich darüber auf, dass ein Banker seinem Aufsichtsrat mehr zahlt. Wenn unsere Banken in jedem Bundesland eine Generaldirektion unterhalten würden, würden sie schon längst nicht mehr existieren.

An die fünf Milliarden (!) werden laut Ex-Rechnungshof-Präsident Franz Fiedler durch engstirniges Denken und Handeln Jahr für Jahr verpulvert. Aber für Familien, Arme, Kranke, Pflegebedürftige und Behinderte fehlt das Geld ... Leider besteht kaum Anlass zur Hoffnung, dass die

Große Koalition zusammen mit „den Ländern“ dieses heiße Eisen endlich anpackt. Eine konsequent durchgeführte Verwaltungsreform würde schließlich dazu führen, dass sich unzählige Politiker und Verwaltungsbeamte um einen neuen Job bemühen müssten. Die Vollbeschäftigung im Bereich der Politik wäre ernsthaft gefährdet.

Albrecht Rietsch
1020 Wien

LESERFORUM

Ich muss Treichl schon etwas beipflichten. Es kann nicht sein, dass die Banken ihre Eigenkapitalquote erhöhen müssen, gleichzeitig mehr Steuern zahlen und weniger Gewinne machen sollen (woraus soll aber sonst die Eigenkapitalquote erhöht werden?), Kredite an kerngesunde Unternehmen nicht vergeben dürfen – an Staaten wie Griechenland aber müssen.

Und wenn diese maroden Staaten dann Pleite gehen, die Banken ihr Geld damit verlieren, sind wieder die Banken die Bösen. Es braucht einfach ein bisschen mehr Gleichgewicht und nicht nur Bashing auf eine Gruppe: die Banken.
David Paul
1220 Wien

Wer ist hier blöd und feig?

Da haben wir es jetzt. Unsere Politiker sind offenbar nicht nur „zu schön, zu jung und zu intelligent“ sondern auch noch dumm und ahnungslos. Doch die Kritik von Erste-Group Chef Andreas Treichl, Politiker seien „zu blöd und zu feig“ und in „Wirtschaftsdingen ahnungslos“, kommt für Österreichs Spitzenpolitiker offenbar nicht unerwartet. Inhaltlich habe er vollkommen recht, lediglich der Stil und die Wortwahl seien inakzeptabel, außerdem seien „die Anderen“ gemeint, so lassen sich die Kommentare der Abgeordneten im österreichischen Nationalrat zu Treichls Aussage zusammenfassen.

Traurig, wenn eine Zunft einer derartigen Verunglimpfung nichts entgegenzusetzen hat. Unter allen abgegebenen Wortspenden gefällt mir allerdings jene von Ex-Finanzminister Wilhelm Molterer am besten: „Generalaussagen sind

grundsätzlich immer falsch“, meinte dieser. Dem ist wohl nichts hinzuzufügen und auch nichts hinwegzulassen. Martin Günther
Seekirchen

Der Kunde zahlt sicher

Sind die Banken an der letzten Krise nun schuld oder nicht?

Die Banken müssen das Rettungsschirmgeld an den Staat zurückerzahlen und dafür 8 Prozent bezahlen. Wieso wird behauptet, dass die Allgemeinheit das ganze zahlen muss?

Blöd. In Sachen Bankenrettung tun manche Politiker genauso, als ob die Bankenkrise in Österreich entstanden und direkt von unseren Banken verschuldet worden wäre. Sie behaupten auch, dass die Allgemeinheit die Rettung der Banken bezahlen muss. Ja – beides ist Blödsinn.

Feig. So zu tun, als ob die österreichischen Banken an der letzten Krise allein schuld wären. Obwohl man weiß, dass sich die Banken nur im von der Politik vorgegebenen Gesetzes-Korsett bewegen können. Sich hier wider besserem Wissens komplett abzuputzen, ist – eben – feig.

Feig, indem die Politik die Banken alleine für die Krise verantwortlich macht, um sich selbst im „Gutmenschenstatus“ ins grelle Licht zu stellen.

Von Wirtschaft keine Ahnung hat man landläufig, wenn man kein spezielles (besseres) Wissen hat, und trotzdem Dinge behauptet, die nachweislich falsch sind. Aber da sitzt die Blödeheit schon auf dem Schoß. Dabei würde hier oft ein bescheidener Hausverstand helfen.

Falsch und doch richtig? Wer behauptet, der Staat zahlt die Bankenhilfe, kennt sich nicht aus und hat aber trotzdem indirekt recht...

Nämlich dadurch, dass die Banken die Staatshilfe auf Heller und Pfennig samt acht Prozent Horrorzinsen zurückerzahlen müssen. In einer ausweglosen Krisensituation 8 Prozent zu verlangen ist eine Sache. Die andere ist, dass diese 8 Prozent ja wieder verdient werden müssen. Also im Endeffekt wieder der Kunde zahlt.

So gesehen kann man keine Ahnung von Bankenwirtschaft und trotzdem Recht haben. Nur mit dem kleinen Unterschied, dass hier nicht die Banken schuld sind, sondern die Politik.

In Summe ist das Bankensystem eines der von staatlicher (politischer) Seite am meisten mit Vorschriften und Regulativen geführte volkswirtschaftliche Sektor überhaupt.

Hans Weber
8330 Feldbach

Der Zugang zum Recht und die Dummheit der Macht

Randbemerkung zur Strauss-Kahn-Affäre

Christian Fleck

Der Fall des IWF-Chefs Dominique Strauss-Kahn führt vor Augen, dass die Welt gleicher geworden ist. Die Machtbalance zwischen einem globalen Top-Manager/Politiker, der für eine Nacht im Hotel 3000 Dollar ausgibt, und einer aus Afrika eingewanderten Frau, die diese Summe in Monaten nicht verdient, ist größer nicht vorstellbar. Dass dem Stubenmädchen nicht nur Glauben geschenkt wurde, sondern ihre Rechte als Verbrechenopfer bisher vorbildlich gewahrt wurden, zeigt, dass auch Unterprivilegierte „Zugang zum Recht“ haben, wenigstens manchmal und mancherorts.

Statt diesen Fortschritt zu würdigen, ergehen sich Blogger, Poster und Kommentatoren in Vermutungen über den einer Vergewaltigung Beschuldigten und über die Falle, in die er getappt sein soll. Verschwörungstheorien

beiseitegelassen, bleibt die Frage, wie es kommen kann, dass sich jemand so irrational – umgangssprachlich: so dumm – verhält? Auch hier blühen scheinbar in die Tiefe gehende Erklärungen. Manche meinen, das sei wieder einmal ein Fall, wo sich jemand erwischt lassen, um aus einer Lage erlöst zu werden, aus der er sich anders nicht zu befreien vermochte. Vielleicht wollte Strauss-Kahn nicht Präsidentschaftskandidat der französischen Sozialisten werden, aber: „Wie sag' ich's ihnen?“

Dasselbe Argument hörte ich vor Jahren, als ein Wiener fluchtartig seine Professur in einer deutschen Großstadt verließ und sich erst viel später herausstellte, dass er dazu genötigt worden war. Damals meinte viele „Naja, der war halt dem Stress nicht mehr gewachsen“ und habe sich deswegen wiederholt beim Konsum von Kinderpornos am Arbeitsplatz erwischt lassen.

Tatsächlich ist ja auffallend, dass die dümmsten – wissenschaftlich: irrationalsten – Handlungen im Feld der Sexualität, vor allem ihrer devianten Formen, geschehen. Statushohe Personen, die gewohnt sind, anderer Leute Risiken kühl zu managen, scheinen in der Welt der Lust „no risk, no fun“ zu lieben.

Doch kaum ist ihr Fehltritt publik geworden und die ärgste Scham überwunden, versuchen die Ertappten sich auch schon rauszureden. Bei Kahn-Strauss dauerte das nur zwei Tage, bei dem erwähnten Professor ein paar Monate.

Dieser bewegt sich mittlerweile wieder ganz gewöhnlich auf dem Wiener Parkett, jener wird es wohl nach einiger Zeit auf jenem von Paris wieder versuchen (müssen).

Gewöhnliche Deviante erholen sich meist nicht so rasch. An der „Gleichheit nach dem Recht“ kann also noch einiges verbessert werden.

CHRISTIAN FLECK, Soziologe an der Universität Graz, ist zur Zeit Gastforscher an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Paris.



Christian Fleck: Erwischt werden – und dann?

Foto: Furgler

BLOGSATZ

Altherrenfantasie

Das Online-Portal „Perlentaucher“ verweist in angemessener Form auf einen Text-Fund in der jüngsten Ausgabe der „Zeit“, der deutlich macht, dass deutscher Qualitätsjournalismus und heimische Provinzpolitik manchmal näher beieinanderliegen als das die hiesige Empörung über die Formulierungskunst eines ÖÖ-VP-Abgeordneten in der Causa Strauss-Kahn vermuten ließe:

Ein gefundenes Fressen ist die Verhaftung von Dominique Strauss-Kahn für Klaus Harpprecht. Er lässt seinen Gedanken zum Verhältnis von Macht und Eros in Frankreich seit Heinrich IV. freien Lauf, aber auch der Häme und einer schlüpfrigen Altherrenfantasie: „Vermutlich hat er – das verwöhnte Söhnchen einer groß-

bürgerlichen Familie – die Liebe bei einem Dienstmädchen gelernt, wie das in seiner Kaste üblich war. Vielleicht bei einer schüchtern-schlauen Marokkanerin, die sich auf die einfachen Künste der morgenländischen Erotik verstand (und reichlich für das Opfer entlohnt wurde). Kaum bei seiner deutschen Gouvernante....“

Wutanfall

Frankreichs Star-Philosoph Bernard Henri-Lévy notiert in seinem Weblog *La règle du jeu*: Ein Rechtssystem, das es ermöglicht, dass jeder X-Beliebige einen anderen eines Verbrechens beschuldigen kann und der solcherart Beschuldigte dann das Gegenteil beweisen muss, ist empörend, und die New Yorker Boulevardpresse, die diese Vorwürfe ausschaltet, ist eine Schande für ihre Profession.



Das deutsche Satiremagazin „Titanic“ löst das Nachfolgeproblem an der IWF-Spitze auf seine Weise: Kachelmann statt Strauss-Kahn!